

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

132 (9.6.1917)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle 05. deren Raum 20 1/2. Wochenanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

Die Erhöhung der Eisenbahntarife ist eine Folge der falschen Steuerpolitik und der Machtlosigkeit des Reiches gegenüber den Kohlenbaronen. Die Kohlensteuer belastet die Eisenbahnen ganz ungeheuer. In Baden beläuft sie sich auf rund 3 Millionen. Dazu kommt die durch die Verteuerung der Kohlen bedingte Verteuerung der Materialien (Eisenbahnwagen, Maschinen usw.), die sicher auch viele Millionen betragen. Die Kohlensteuer bringt also dem Reiche de facto nichts ein, während aber in ganz ungeheurer Weise die volkswirtschaftliche Entwicklung behindert. Den Vorteil haben einzig und allein die Kohlenbesitzer, welche die Kohlensteuer bemühen, um höhere Gewinne zu erzielen. Die auf die Dauer nicht zu umgehende Verstaatlichung der Kohlenbergwerke wird durch die dabei gänzlich verfehlten fiskalischen Experimente ungemein erschwert.

Wenn man dazu noch die sonstigen Verteuerungen des Verkehrs in Betracht zieht, dann kann einem um die deutsche Volkswirtschaft und ihre Konkurrenzfähigkeit für die Zukunft keine Sorge sein. Diese steuervollständige Schwere ist die notwendige Folge der Angst des Staates vor dem Kapital. Hätte man ein großzügiges, volkswirtschaftlich und sozialistisch orientiertes Steuerprogramm entworfen, dann hätte man nicht notwendig gehabt, zu solchen verzweifelten Experimenten seine Zuflucht zu nehmen.

Die geplante Erhöhung der Personen- und Gütertarife wird sehr bedenkliche Folgen haben, vor allem wird in den Konkurrenzkampf der mittleren und kleineren Erzeugnisse ungeheuer zum Vorteil des Großkapitals erwirken. Aber die neuen Sätze der Gütertarife ist Nahrung nicht bekannt. Die Erhöhung der Personentarife beträgt zwischen 10 und 20 Prozent. Am schlechtesten sind dabei wieder die unteren Klassen weggenommen. Bekanntlich wurde der Fahrkartentempel, der nur die 3 oberen Klassen belastet, aufgehoben. Berücksichtigt man diesen Wegfall des Fahrkartentempels, dann bleibt die Belastung der vierten Klasse auf 20 Prozent bestehen, während die Belastung der dritten Klasse auf 20,1 Prozent, der zweiten Klasse auf 20 Prozent und der ersten Klasse gar auf 14,80 Prozent sinkt. Soweit also der Reichszuschlag in Frage käme, der durch die neue Reichsverkehrssteuer gefordert wird, so würde die Belastung der vierten Klasse um 10 Prozent darüber hinausgehen, während die dritte Klasse nur eine Steigerung von 8,1 Prozent und die zweite Klasse von 6 Prozent aufweist, während die erste Klasse sogar noch mit 1,2 Prozent unter dem durch das Reich geforderten Zuschlag zurückbleibt. Mit anderen Worten besagt das daß zwar das Reich die einzelnen Klassen höflichst belästigt, daß aber die einzelnen Eisenbahnverwaltungen ihre Zuschläge in erster Reihe auf die vierte Klasse, dann in abgestufter Weise auch noch auf die dritte und zweite Klasse abwälzen, während sie der ersten Klasse sogar noch eine kleine Prämie zahlen. Man wird also verhältnismäßig künftig in der ersten Klasse billiger als bisher fahren können, während die vierte Klasse die größte Last zu tragen hätte. Das ist eine unsoziale Lastenverteilung, daß sich gegen sie auch wohl aus dem Publikum heraus eine sehr starke Opposition bemerkbar machen dürfte.

In Baden soll die 4. Klasse jetzt auch zur Einführung kommen. Zwar hat sich die Budgetkommission nahezu einmütig dagegen erklärt, aber die Volksvertretungen haben ja keine Möglichkeit, solche Maßnahmen der Eisenbahnverwaltungen zu verhindern. Man wird also künftig in der 4. Klasse in Baden für den Dummelzug mit Stehplätzen nahezu ebensoviel pro Kilometer bezahlen müssen, wie früher unter der Herrschaft des Schnellzuges und der 3. Klasse, er kostet allerdings so viel, als bisher der Fahrpreis in der 2. Klasse betrug. Diese exorbitante Erhöhung der Personentarife wird naturgemäß eine starke Abwanderung nach der 1. Wagenklasse haben, während die 1., 2. und 3. Klasse entsprechend weniger benützt werden. Da die 4. Klasse nicht nur dem Nahverkehr, sondern auch dem Fernverkehr dient, werden künftig in Baden die Reisenden der unteren Volksklassen das Vergnügen, in Begleitung der Ferkel, Gänse usw. womöglich noch im Stehen auf weitere Strecken zu reisen. Dem Vieh legt man wenigstens noch Stroh in den Wagen und reserviert ihm so viel Platz, daß es liegen kann. Das Publikum der 4. Klasse aber muß, wenn die Sitzplätze belegt sind, sich mit Stehplätzen begnügen.

Dafür fahren künftig die Reisenden der 1. und 2. Klasse und zwar auf Kosten derjenigen der 3. und 4. Klasse um so bequemer. Vor allem die Herrschaften in der 1. Klasse, deren Reisekosten zum weitaus größten Teile aus den öffentlichen Kassen bestritten werden.

Anstatt die Klassen auf zwei zu vermindern und so an Ausgaben zu sparen, wird jetzt auch in ganz Süddeutschland die 4. Klasse zur Einführung kommen. Die süddeutschen Regierungen hätten sich längst sich verständigen sollen. Aber es gibt nichts widerwärtigeres als die Eisenbahnbürokratie, die Jahrzehntlang gebraucht hat, um sich über die einfachsten selbstverständlichen Reformen zu verständigen. Die Volksvertretungen haben bis heute darauf verzichtet, auf das Eisenbahnwesen den Einfluß zu gewinnen, der ihnen gebührt. Noch immer herrscht in den Eisenbahnverwaltungen die bürokratische Autokratie.

Das muß anders werden. So kann und darf es mit der Belastung des öffentlichen Verkehrs nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit, daß eine starke Eisenbahnreformbewegung einsetzt, um endlich einmal gründlich Wandel zu schaffen. Die Eisenbahnfrage ist keine Parteifrage. Hier können alle Parteien das gleiche Ziel anstreben. Vor allem gilt es, der Alleinherrschaft der Eisenbahnbürokratie ein Ende zu machen.

Eine Verteuerung des Verkehrs, wie sie jetzt vorgenommen wird, bedeutet gerade für den Teil der Bevölkerung, der ohnehin einen schweren sozialen Kämpf führt, eine weitere Verschlechterung seiner Lage. Es wird in Zukunft noch ungleich schwerer als in der Vergangenheit sein, wirtschaftlich rückständige Gegenden volkswirtschaftlich zu heben und zu fördern. Dadurch wird auch die Steuerfähigkeit großer Teile der Bevölkerung sehr ungünstig beeinflusst. Kurz und gut, diese auf die Spitze getriebene fiskalische Eisenbahnpolitik ist ein volkswirtschaftlicher Krebsgeschwür, dessen Folgen für die ganze weitere wirtschaftliche Entwicklung geradezu verhängnisvoll werden kann.

Hoffentlich ermannet sich das deutsche Volk und sorgt dafür, daß die Steuerpolitik auf ein anderes Gleis geschoben wird. Es ist höchste Zeit, daß das Reich gegen die kapitalistischen Expropriateure vorgeht, die jetzt während des Krieges Volk und Staat in der unerhörtesten Weise ausgeplündert haben. Dort ist Geld zu holen und wenn man hier zugreift, braucht man nicht mehr zu solchen elenden steuerlichen Pflüchereien seine Zuflucht zu nehmen, bei welchen der Staat mehr ausgeben muß, als er einnimmt, wie das bei der Kohlensteuer der Fall ist. Anstatt die Kohlen zu versteuern, hätte man die günstige Gelegenheit bemühen sollen, um die Kohlenbergwerke in Staatsbesitz zu überführen. Die Kapitalisten haben aus diesem Nationalverbrechen wahrlich schon genug Profite herausgeholt.

Aber um solche volkswirtschaftlichen Experimente durchführen zu können, muß das deutsche Volk sich eine andere Vertretung im Reichstag schaffen, in welcher nicht mehr die Kapitalisten und ihre Trabanten den Ausschlag geben.

Vom Krieg. Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Küste und Fronten blieb die Kampftätigkeit noch gering. Die nach tagelangem starkem Zerstörungseuer zwischen Ypern und dem Blegteert-Walde nördlich von Armentieres einsetzende Angriffe der Engländer sind südlich von Ypern von niederländischen und württembergischen Regimentern abgewiesen worden; auch auf dem Südsügel des Schlachtfeldes kämpften wir erfolgreich. Dagegen gelang es dem Gegner bei St. Ploi-Bytchaete und Meis-

nes unter der Wirkung zahlreicher Sprengungen in unsere Stellung einzubrechen und nach hartnäckigen wechselvollen Kämpfen über Bytchaete und Meisnes vorzudringen. Ein kraftvoller Gegenstoß von Garde und bayerische Truppen warf den Feind auf Meisnes zurück. Weiter nördlich wurde ihm durch frische Reserven Halt geboten. Später wurden unsere tapfer kämpfenden Regimenter aus dem westlich vorspringenden Bogen auf eine vorbereitete Seitenstellung zwischen dem Kanalnie nördlich von Sollebeke und dem Doubegrund, 3 Kilometer westlich von Warneton zurückgenommen.

An der Arras-Front ist in mehreren Abschnitten der Feuerkampf gesteigert gewesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Am westlichen Teil des Chemin des Dames-Müdens hat seit mehreren Tagen die Artillerietätigkeit zugenommen. Auch am Aisne-Marne-Kanal ist sie aufgelebt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. In den Vogesen und im Sundgau sind mehrfach nach heftigen Feuerwellen vorstoßende Erkundigungsabteilungen der Franzosen zurückgewiesen worden.

In vielen Luftkämpfen, vornehmlich an der flandrischen Front sind 12, durch Abwehrfeuer von der Erde drei feindliche Flugzeuge abgeschossen worden.

Deutscher Kriegsschauplatz. Mazedonischer Front.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Der Kampf in Flandern von den Engländern nicht fortgesetzt. M.W. Berlin, 8. Juni, abends. (Amtlich.) Mit den gestern zum Angriff eingesetzten Kräften haben heute die Engländer den Kampf in Flandern nicht fortzusetzen vermocht. Ein östlicher Vorstoß östlich von Meisnes wurde zurückgeschlagen. Von den anderen Fronten ist bisher nichts Wesentliches gemeldet.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Östlicher Kriegsschauplatz. Im Mesecanesci-Abschnitt zeitweilig lebhafter Geschützkampf. Sonst nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am 3. Juni gestern keine besonderen Kampfhandlungen. Ein feindlicher Flieger, dessen Flugzeug unsere Abzeichen trug, warf hinter unserer Front Bomben ab. Auf der Hochfläche der Sieben-Gemeinden hielt die Regelmäßigkeit der italienischen Batterien an. Auch die feindliche Fliegertätigkeit ist sehr lebhaft.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die Schlacht in Flandern.

M.W. Berlin, 8. Juni. Das viertägige unausgesetzte englische Vorbereitungs- und Zerstörungseuer hatte die vordersten Stellungen zertrümmert. Die Minensprengungen vor dem Angriff sollten den letzten Widerstand beseitigen. Allein die schwachen deutschen Sicherungen, die in dieser vorgeschobenen Zone ausgeharrt hatten, bereiteten den englischen farbigen Kolonnen einen blutigen Empfang, um sich dann vor der Uebermacht der zwischen Ypern und dem Blegteert-Wald aus den Gräben quellenden farbigen und weißen Engländer planmäßig zurückzuziehen, so daß die weiter rückwärts außerhalb des Zerstörungseuers der englischen Geschütze aufgestellten Reserven Zeit hatten, zum Gegenstoß heranzugehen.

Die bei Armentieres stehenden englischen Batterien, die durch flankierendes Feuer den Angriff unterstützen sollten, wurden durch die deutsche Artillerie westlich Lille niedergebunden, die durch Sperrfeuer wirksam in den Kampf eingriff. Während die englischen Sturmkolonnen sich mühsam über den niederen Doube-Müden vorarbeiteten, auf dem die Trümmer der Ortschaften und Gehöfte ein einziges staubbedecktes und rauchberautes Chaos bilden, schoben die schweren Granaten der langen Schlachtfeldkanonen sie in der Flanke und richteten furchtbare Zerstörungen unter ihnen an. Vor dieser Front ließen sich die zahl verteidigenden Besatzungen der vorderen deutschen Gräben, die nur langsam zurückgingen, von dem Feind jeden Schritt vorwärts mit Blut be-

zahlen. Der wirksame Gegenstoß der Garde und Bayern der bis zum Ostrand von Neuville durchstieß, kostete die Engländer neue schwere Opfer und gab der deutschen Verteidigung Zeit zur planmäßigen Besetzung der im Geesbericht genannten Schenkestellung. Vor dieser entbrannten am Nachmittag neue schwere Kämpfe, die bis in die Nacht hinein dauerten. Die Stellung wurde gehalten.

Damit endete die erste Phase des neuen großen Angriffs, die dem Angreifer erfahrungsgemäß Geländegewinn und Gefangenenerbeute einbringt. Vor der neuen Phase des tiefgestaffelten deutschen Verteidigungssystems werden neue Kämpfe entbrennen, die indessen den Engländern und Franzosen ebenjowenig das angestrebte Ziel der strategischen Durchbruch eintragen werden, wie die unter schwersten Opfern zusammengebrochenen Angriffe bei Arras, an der Aisne und in der Champagne.

Weitere 21 500 Tonnen.

Berlin, 9. Juni. (W.B. Amtlich.) Im Englischen Kanal und in der Biscaya sind durch U-Boote 21 500 T.N. versenkt worden. Unter den Fahrzeugen sind u. a. vernichtet worden: 12 000 Gewichtstonnen Eisenerz, 1000 Gewichtstonnen Kupfererz, 4000 Gewichtstonnen Kohle und 5200 Gewichtstonnen Stahlgut.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die Verluste der Engländer.

W.B. Berlin, 8. Juni. (Nicht amtlich.) Wie nachträglich ergäuzend gemeldet wird, sind die Verluste der Engländer in den Kämpfen um den Wytshaete-Bogen ganz außerordentlich hoch und kommen den Verlusten der Franzosen am 16. und 17. April gleich. Ohne Zweifel sind sie höher als unsere Verluste, einschließlich der Gefangenenerbeute. Der englische Ansturm ist bereits zum Stehen gekommen. Unsere Front steht absolut fest. Starke Reserven stehen dahinter. Der Kampf bei Wytshaete kann als erste für uns günstig abgelaufene Episode der großen erwarteten Generaloffensive der Entente angesehen werden.

Amsterdam, 8. Juni. (Nicht amtlich.) In der Sunday Times schreibt Ahmed Bartlett: England verlor über 500 000 Mann, um ein paar Sektar verwilligter französischer Bodens zu zurückzugewinnen. Kein materieller Vorteil kam der Nation diese Verluste erziehen.

Französische Vorschläge an verbündete oder befreundete Regierungen.

W.B. Paris, 8. Juni. (Ag. Hav.) Ein von Poincaré unterzeichneter und vom Finanzminister eingebrachter Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, verbündeten oder befreundeten Regierungen Vorschläge, die sich auf 2 138 000 000 Franken belaufen, zu machen.

Die ungarische Kabinettskrise.

W.B. Budapest, 8. Juni. (Ung. Tel.-Büro.) Der König ist heute morgen hier eingetroffen und wird Politiker verschiedener Parteien empfangen. Die Entscheidung über die Kabinettsbildung wird allgemein für morgen erwartet. Die Blätter wissen zu melden, daß wahrscheinlich Dr. Weckerle die Bildung des Ministeriums übernehmen werde, das zumeist aus parteilosen Männern gebildet werden dürfte.

Große Wahlrechtsdemonstration in Budapest.

W.B. Budapest, 9. Juni. (Nicht amtlich.) Die Befreiungspartei und der Wahlrechtsausschuß der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter veranstalteten gestern große Kundgebungen im Interesse des allgemeinen und geheimen Wahlrechts. Aus diesem Anlasse stellten sämtliche Fabriken und Betriebe auf 4 Stunden die Arbeit ein. Sämtliche Geschäftskläden wurden gesperrt und die Kaffees und Gasthäuser geschlossen. Auch der Straßenbahnverkehr ruhte. Eine auf 100 000 Personen geschätzte Menschenmenge zog zum Stadthaus, wo der Abg. Vaccioni im Namen der hauptstädtischen Bürgerchaft, den Bürgermeister Barczay ermahnte, im Interesse des allgemeinen und gleichen Wahlrechts dem König eine Adresse zu überreichen. Barczay erklärte, er werde bereitwilligst und aus politischer Überzeugung den Wunsch seiner Mitbürger dem König verdolmetschen. Sodann begab sich der Bürgermeister zum König, um ihm die Wahlrechtsadresse zu überreichen. Die Kundgebungen verliefen sehr würdig. Die Menge zerstreute sich in voller Ruhe.

Die Revolution in Rußland.

Das Fiasko der russischen Anleihe.

W.B. Stockholm, 8. Juni. (Nicht amtlich.) Russische Blätter geben das Fiasko der jüngsten russischen Siegesanleihe zu. Wirshewitsch Wiedomosti sagt, die gezeichnete Summe sei kaum imstande, die Kriegsausgaben für 3 Wochen zu decken.

Verückung des früheren Zaren nach Kronstadt.

Berlin, 9. Juni. Aus Rotterdam wird dem „N. L.“ berichtet: Eine Versammlung der Arbeiterabteilung und des Rates der extremen Sozialisten in Petersburg genehmigte den Antrag, den früheren Zaren und seine Familie nach der Festung Kronstadt zu bringen.

Ein Neutraler über die russischen Zustände.

Kopenhagen, 8. Juni. Ein aus Rußland heimkehrender Neutraler bestätigt die aus den heutigen Londoner Morgenwachtblättern erkennbare Vermutung, daß noch einige Personenveränderungen im Sinne einer sozialistischen Gestaltung im russischen Ministerium zu erwarten sind. Er schildert die Haltung der russischen Volksmassen trotz aller noch so radikalen Forderungen als mustergültig. Auch die Kronstädter Ereignisse haben sich mit einer mechanisch annulierenden Ruhe vollzogen. In England beginne man nunmehr in allen Kreisen, denen an der demokratischen Weiterentwicklung Rußlands gelegen sei, dies richtig zu erkennen. Man sei vor allem gegen die Sensationsnachrichten englischer Blätter empört, die auch in die neutrale Presse übergingen.

Zum Kongreß in Stockholm.

W.B. Stockholm, 8. Juni. (Nicht amtlich.) Laut „Sozialdemokraten“ werden die Vertreter der deutschen Minderheitspartei für heute erwartet. Am Donnerstag kam der Vorsitzende der ukrainischen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, Wladimir Tomnysky, an. Die sozialdemokratische Partei Dänemarks erklärte in einem dort über 100 Versammlungen angenommenen Beschluß ihren vollen Anschluß an die Bestrebungen des holländisch-skandinavischen Komitees in Stockholm, das beabsichtigt, die Internationale wieder aufzubauen und dadurch eine Grundlage für den Friedensschluß schafft.

Die Verhandlungen der deutschen Delegierten in Stockholm.

Berlin, 9. Juni. Ueber die Verhandlungen der deutschen sozialistischen Delegierten in Stockholm bringt der Vorwärts Einzelheiten: Nach einer Verständigung über die Art der Verhandlungen gab Scheidemann eine eingehende Darstellung der Politik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Kriege. Er sagte: Nach dem Ausbruch des Krieges wollten wir entsprechend unserer Stellungnahme die zur Landesverteidigung erforderlichen Mittel. Gleichzeitig machten wir ununterbrochen Versuche zur Herbeiführung des Friedens durch Einwirkung auf die eigene Regierung und durch die Wiederannäherung der sozialistischen Internationale. Die deutsche Regierung hat verschiedentlich ihre Friedensbereitschaft erklärt. Alle Annäherungsversuche gegenüber der sozialistischen Internationale sind leider erfolglos geblieben. Wir wollen den Frieden, aber wir wollen nicht die Zerschmetterung unseres Landes, deswegen werden wir es verteidigen so lange die Gegner einen Frieden der Verständigung nicht wollen.

Englische „Freiheit“.

London, 9. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Reuters. Im Unterhaus teilte Lord Robert Cecil mit, daß die Regierung, wenn sie darum erucht werde den Vertretern der Mehrheit und der Minderheit der britischen Arbeiter Waffe geben werde, aber unter der Voraussetzung, daß die Besitzer der Waffe sich nicht an einer zwischenstaatlichen Zusammenkunft in Stockholm beteiligen und sich auch nicht unmittelbar mit Untertanen feindlicher Länder in Stockholm oder anderswo ins Einvernehmen setzen.

Eine Frage.

Von Dr. Adolf Köster.

Der eben beendete Prozeß gegen Dr. Friedrich Adler ruft die Erinnerung an einen politischen Mord nach, der noch durch keinen Prozeß aufgeklärt und abgeschlossen ist: den Mord an Jean Jaures. Es werden bald drei Jahre, daß dieser reinste und vielleicht größte Politiker des modernen Frankreich jener Kugel im Boulevard-Staffee zum Opfer fiel. Die Presse der Entente erinnert sich seiner so selten als möglich. Unsere französischen Parteigenossen haben sich damit einverstanden erklärt, daß dieser Mord während des Krieges ungeklärt bleibt. Wir Deutschen haben in französischen Parteiblättern niedrige Beschimpfungen unseres gefallenen Lubig Frank lesen müssen. Aber der Fall Jaures und die unerhörte Art, wie die französische Partei ihn seit drei Jahren totschweigt, hat bei uns nur leise und selten Beachtung erregt.

Im Lichte des Prozesses Adler gewinnt diese politische Mangelleistung der französischen Demokratie neues Interesse. Adler ist eine politische Stütze des alten Oesterreich erkrankte. Der Prozeß gegen ihn würde ein eminent politischer sein — das war von vornherein klar. Er würde die Leidenschaften in Oesterreich aufwühlen und manche Dinge an die Öffentlichkeit zerren, die die neue österreichische Regierung dringendes Interesse hatte, vergessen zu machen. Was Wunder, wenn die „mordische Donaumonarchie“ den Prozeß verschleppt hätte. Niemand hätte sie gedrängt, ausgenommen vielleicht einige giftige Artikel aus London, Paris und Rom, die in dieser Verschleppung vielleicht ein Zeichen ihrer Angst gesehen hätten. Aber der Prozeß ward nicht verschleppt. Er wurde öffentlich durchgeführt. Wie sind während dieses Krieges öffentlich so scharfe Worte gegen Oesterreichs innere und äußere Politik geschleudert worden, wie in dem Gerichtsanzahl, der Adler zum Tode verurteilte. Die Verhandlungen waren zum großen Teil veröffentlicht. Das Todesurteil, die Reden Adlers und seines Vaters, erregten in Oesterreich, in Rußland, in Deutschland tiefe Bewegung. Was aus dem Verurteilten wird, weiß heute niemand. Aber dem öffentlichen Rechte, an das der Angeklagte selber am heftigsten appellierte, geschah Geringe.

Was haben wir dagegen in Frankreich, dem Horde der Demokratie? An Jaures war ein politischer Mord vollzogen. Der Prozeß gegen den Mörder ward von der Regierung zunächst vertagt. Auch die Partei gab ihre Zustimmung. Das mochte in den ersten stürmischen Kriegsmomenten verständlich sein. Aber es verging ein erstes, ein zweites Jahr. Die Zeit der politischen Kämpfe kam wieder. In fast allen Ländern schied sich die große Masse und ihre Friedenspolitik von der Kriegs- und Eroberungspropaganda, die in den Ländern der Entente durch die Regierungen, bei uns durch gewisse kleine, aber einflussreiche Schichten besorgt wird. Besonders die deutsche Sozialdemokratie steht seit langen Monaten in erbittertem Kampf gegen diese Schichten, die vor und nach Kriegsausbruch verantwortungslos mit dem Schicksal unseres Landes spielten. Aber was tat die französische Partei? Sie schloß einen förmlichen Pakt mit ihrer Regierung, einen Pakt, der den Mord an Jaures ungeklärt ließ. Kein sachlicher Grund lag hierzu vor. Die Partei hätte durch den Ausgang dieses Prozesses keinen Schaden an ihrer Seele genommen. Und die „friedfertige“ Republik selber müßte ein brennendes Interesse daran haben, alle häufigen Verdächtigungen ihrer Politik ein für allemal zu zerstreuen. Aber sie rührte sich nicht. Das Recht ward aufgehoben — drei Jahre lang. Warum? Weil dieser Prozeß die dunklen Machenschaften der Kriegstreiber an der Seine enthüllt hätte. Weil die friedliche Rolle, die Frankreich nach der Entente-Legende bei Kriegsausbruch gespielt hat, lägen gestraft, weil sein vollgestülpter Maß der Mitschuld öffentlich festgestellt worden wäre. Nun kann man es regierenden Schichten schließlich nicht verdenken, wenn sie alles taten, diesen Prozeß zu verhindern. Aber warum rühren sich nach drei Jahren unsere Parteigenossen nicht? Warum tun sie nicht ihre Pflicht, die Kriegverlängernde Politik der Regierung zu brandmarken, indem sie den Schleier von der Ermordung ihres Führers ziehen? Sie sehen sich dem Verdachte aus, daß sie haben. Vielleicht sind sie so verblüfft mit der Regierung und den Legenden, daß durch den Prozeß sie selber und ihre Stellung im Kriege kompromittiert würden. Wenn heute ein Markt das Tuch von der Leiche Jaures risse, würde das französische Volk vielleicht die Häuser seiner Mörder stürmen — danach aber Häuser derjenigen, die diese Mörder beschützt haben.

Im Deutschen Reichstag, der nach den hochmütigen Anfeindungen unserer englischen und französischen Parteigenossen ein stimmiges Werkzeug des „Kaiserjunctums“ ist, werden rührende Anfragen nach dem Schicksal der armenier und palästinensischen Juden gestellt. Hat man je vor einer Interpellation in der Deputiertenkammer über die Gründe gesehen, aus denen seit drei Jahren dieser politische Mordprozeß unterdrückt wird? Der französische Munitionsminister Albert Thomas, Ehrenbürger der Stadt Brest, fraternisiert augenblicklich mit den Führern des russischen Sozialismus. Wird keiner von ihnen sich nach der seltsamen französischen Rechtspflege im Falle Jaures erkundigen? Der belgische Staatsminister Vandervelde will keinem deutschen Genossen das Rechte brüden, solange er die Linke in der Hand des Kaisers des Sozialismus hat. Hat der deutsche Kaiser bisher keinem antideutschen Parteiführer die Hand gereicht. Wohl aber sind die Hände der französischen Minister, ja die Hände der französischen Mehrheit mit dem Blute von Jaures beschnitten, solange sie weigern, das Geheimnis seiner Ermordung zu lüften.

Jaures gehörte nicht zu den Franzosen. Er gehörte der Internationale — nicht zum wenigsten uns Deutschen. Die Internationale hat ein Recht, zu erfahren, was mit Jaures Ermordung war. Wenn demnach in Stockholm die Delegierten der europäischen Arbeiterchaft zum erstenmale sich wiedersehen, mancher unter ihnen fehlen. Mancher ist im irdischen Kampf gefallen. Mancher büßt für seine Ueberzeugung im Gefängnis. Friedrich Adler hat sich selber dem Tode geweiht. Wie aber Jaures fiel, ist ein Geheimnis der französischen Parteigenossen geblieben. Die Franzosen wollen uns Deutschen in Stockholm zu Angeklagten stampeln. Wir haben nichts zu tun. Gingen haben wir manche interessante Frage an selber zu richten. Und die erste wird diese sein: Warum hieltet Ihr Euch drei Jahre lang schweigend vor dem Mörder von Jean Jaures?

Ausland.

Dollspetition betreffend die Demokratisierung des schwedischen Heerwesens.

Der auf dem Boden der Landesverteidigung stehende schwedische Grützberein hat einen Antrag auf Demokratisierung des schwedischen Heerwesens ausgearbeitet, der dem Bundesrat zur erfolgter Unterschriftensammlungen in Form einer Massenpetition ausgehen soll. Die Militärfrage bildet bekanntlich zurzeit den Punkt, an dem sich in der schwedischen sozialdemokratischen Partei die Grützbereins sehr viel beweglicher sind, als die dem baldigst stattfindenden Parteitag vorliegenden Anträge zur Militärfrage, die teilweise gegen die Landesverteidigung überhaupt wenden, während dem der Grützberein nur Maßnahmen im Bundesrat beabsichtigt sein will. Er fordert u. a.: Gleiche Verpflegung von Soldaten und Offizieren, Refektierung des Offizierskorps aus allen Kreisen der Bevölkerung, Ausbildungsspenden an Unbemittelte, Vorbehaltrecht von Soldaten und Offizieren für Berufung tüchtiger und Abberufung untüchtiger Vorgesetzter, absolute Sicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie der Petitions- und Beschwerderechte für Soldaten und Offizieren mit strenger Befragung vor Vorgesetzten, die dies Recht zu verweigern suchen, sowie ungeschäftliche Entfernung von Leuten aus der Armee.

Des Vaters Leiche geschändet.

Marcos Serwegh, der in Paris lebende Sohn von Serwegh, hat zur Feier des 100. Geburtstages seines Vaters dessen Grab in Basel bei Basel einen Kranz mit einer Schale in französischen Farben niederlegen lassen.

Deutsches Reich.

Der Reichsverband auf dem Plan.

Zu Beginn des Krieges hatte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie feierlich erklärt, während der Dauer des Krieges politisch nicht in die Erscheinung treten zu wollen. Diese burgfriedliche Haltung fällt ihm indessen schwer und er scheidet sich zu neuen Taten an. Schon im November 1916 hatte er in einem Rundschreiben erklärt, den Kampf wenigstens gegen die Oppositionsgruppen der Sozialdemokratie wieder aufnehmen zu wollen. Aber das war nur ein Vorspiel; mittlerweile ist dem Reichsverband doch die Erkenntnis gekommen, daß der Hauptfeind für ihn die alte sozialdemokratische Partei bleibt. In einem neuen Rundschreiben wendet sich der Hauptvorstand des Reichsverbandes gegen die Stockholmer Konferenz und den von der sozialdemokratischen Mehrheit vertretenen Forderung eines Friedens ohne Gebietsveränderungen und Kriegsschuldabgängen. In dem Rundschreiben heißt es:

„Soll man das in diesem gefährlichen Beginn enthalten. Gift weiterzuwirken lassen? Jeder wahre Deutsche wird mit uns den sozialdemokratischen Parteiführern das Recht versagen, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und einen Verständigungs- und Verzichtsfrieden zu proklamieren. . . . Darum protestieren auch wir gegen einen Scheidemannschen Verzichtsfrieden, der unseren Feinden die Möglichkeit gibt, früher oder später wieder über uns herzufallen, um uns zu vernichten. . . . Darum geschlossen Front gemacht gegen den sozialdemokratischen Frieden der Verleumdung! Jede Ortsgruppe, jedes Ortsgruppenmitglied wolle für die Forderung eines starken deutschen Friedens!“

Jeder hat die Helfer, die er verdient. Die Alldeutschen haben den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie!

Der Sonderzug zur Heidebrandversammlung.

Wegen der Einlegung eines Sonderzuges zum Besuch der Versammlung in Herford, in welcher der Abg. v. Seydewitz am Himmelfahrtstage gesprochen hat, richtete der sozialdemokratische Abg. Wenke eine Beschwerde an den Eisenbahnminister. Auf seine Eingabe hat der Minister nach dem „Boten aus dem Riesengebirge“ geantwortet: „Nach den über die Ablassung von Personenzügen für den Staatsbahnbereich erteilten Weisungen hätte der in Frage stehende Sonderzug nicht abgelaufen werden dürfen. Es ist Vorfrage getroffen, daß die gegebenen Weisungen für die Folge genau beobachtet werden.“

Ein konterv
In einem Art
ditor der Bib
riedrich Th
interativen Par
an ihrer Spitze
sche. Die a
des letzten W
ander Weie
Berlag
loncorab
nationalis
ist in nationa
Denkfein
barn der A
dem Anreie
lein von e
Stange über
über meh
ist eine schw
kommen, die
Sie in jalt
Gegenüber d
obung“, üb
hält ihm
arotischen R
Kreuzzeitun
formprogram
Sie jagen
der Arbeit
unterlassen
aus erhoben
dem des pre
einer Befei
berbeord u
über der soz
Arbeiterchaft
Stockholm.
Am Schlus
gen Sinnwe
de die Folge
hen, wenn sie a
Ausprägung
In der letz
Annahme de
von 10
Giten.
Balkhandlun
Demnachst
halten, die
nordwestl
Staatssekretäre
von den We
Regelun
Bericht im
geht, auch die
Schiedung an
Nachrichtstell
dem angele
Vorbereitung
Berliner A
Nichtsch Erb
bedenkenhan
des Berate
möglich zur
nehmen nach
Kriegsamt de
Beratung zu
ung des Nat
Reichstags
armen.
Ein Berlin
Krieges
konnte, je
zierte über
der Zeit
Stimme an
ber Heingewi
des Affi
möglich an d
Kriegs einfa
schreiben S
Zaren ab.“
von der Geiell
der und was
30 000 Mark
Krieg mit d
landsaufhaber
den aber hab
ernabnehmer
müssen die G
dem das m
mille Reuanid
ten, mußte j
Zaren, weni
möglich doc
Krieg über
Zeit ausweis
Die Anst
ist in der A
das gebohrt
mungen, die
möglichst ge
und zu gre
fentlich zu
sien auszu

Ein konservatives Urteil über die Konservativen.

Einem Artikel des „Grenzboten“ wirft der konservative... die Bibliothek des preussischen Herrenhauses Dr. Thimme die Frage auf, ob die Leitung der konservativen Partei noch in den rechten Händen ruhe, und... die Spitze statt des Führers nicht der Totengräber... die augenblickliche Situation, wie sie sich während des letzten Reichstagsabschnitts darstellte, wird dann in... Weise gekennzeichnet:

Verlassen von dem Zentrum, in dem doch so viel... konservative Elemente vorhanden sind, verlassen von den... nationalliberalen, mit denen die konservative Partei... in nationalen Fragen zusammenhängend, verlassen sogar von... der Deutschen Fraktion, zu der die nächsten Freunde und... der konservativen, die freikonservativen, gehören, in... Ansehen mit der Regierung, gestützt einzig und... allein von einem Häuflein Altsoldaten, das im... überaus nicht zählt und das die konservative Partei... mehr kompromittiert als gefördert hat, ist... eine schwere, ja fast verzweifelte Situation für die Kon... werten, die die Frage zwingend nahelegt, ob die Partei nicht... Sie in solche Bahnen gelenkt sei.

Gegenüber der Scheidemannschen „Revolutions...“, über die sich Herr v. Heydebrand sichtlich ert... hält ihm Dr. Thimme die revolutionären Tiraden... aratischen Führer, der „Deutschen Tageszeitung“ und... „Kreuzzeitung“ vor. Auch vermisst er selbst das kleinste... Programm in der Heydebrand'schen Rede. Er schreibt

Sie sagen nichts von der Gleichberechtigung... Arbeiterschaft, die unser Kaiser schon in den... erlassen hat, kein Wort von einer durchgreifenden Re... erhebung hat, kein Wort von der Beseitigung des unglückseligen § 153 der Ge... Ordnung, die unserer Arbeiterschaft, und kein Wort... der sozialdemokratischen, am Herzen liegt; Sie bieten der... Arbeiterschaft überhaupt auch nicht einen einzigen... Trostwort.

Am Schluß seiner Ausführungen erklärt Dr. Thimme nach... Hinweis auf die Richtung, für die konservative Partei... die Folge ihrer heutigen Isolierung der Partei... wenn sie an der Heydebrand'schen Richtung weiter fest...

Ausprägung von 10 Millionen 50-Pfennig-Stücken.

In der letzten Sitzung des Bundesrats gelangten u. a. ... Annahme der Entwürfe einer Bekanntmachung betr. Prä... den 10 Millionen 50-Pfennig-Stücken...

Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich.

Nächst werden Verhandlungen über die Zollverträge... finden, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland... nahbar werden sollen. Von deutscher Seite werden die... Sekretäre Helfferich, Zimmermann und Frhr. v. Ro... an den Verhandlungen in Wien teilnehmen.

Regelung des zivilen Kriegsbeschädigtenwesens.

Bereits im vorigen Jahre hat der Reichstag den Beschluß... auch die Ansprüche von Zivilpersonen wegen Kriegs... schädigung an Leib und Leben gesetzlich zu regeln. Einer... richterliche zufolge haben die verbündeten Regierungen... dem angeschlossen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist... Vorbereitung; er wird dem Reichstage im Herbst zugehen.

Reichserbhauerschaft.

Berliner Wäutern entnehmen wir folgende Mitteilung: ... hat sich bereits der Reichstag mit der Ausgestaltung... des Erbhauerschafts befaßt, und auch das preussische... hauptamtlich beschäftigt sich schon mit dieser Frage, zu... der Beratung des Wohnungsgesetzes, das erst im Herbst... gung zur Verabschiedung gelangen wird. Sicherem Ver... nach sind jetzt maßgebende Grundzüge hierfür vom... des Innern den einzelnen Bundesregierungen zur... gegangen. Da vor dem Herbst an eine Sit... der Materials nicht zu denken ist, ist in diesem Jahre... Reichstagsvorlage auf diesem Gebiete auch nicht mehr zu...

„Stille Reserven“.

Ein Berliner Bankdirektor erzählt uns folgende wirtschaft... dem Kriegserfahrungen eine Geschichte, die sehr gut wahr... sein könnte, selbst wenn sie erfunden ist. Eines Tages... werte ihn in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzen... der Leiter einer Rüstungsgesellschaft mit besorgter... Stimme an: er habe letzten Jahresabschluss fertig und... dem Reingewinn stelle sich auf eine Million gleich 100 Pro... des Aktienkapitals; mit so etwas könne man doch im... an die Öffentlichkeit treten; was da zu tun sei... nicht einfacher als das“, beruhigte der Bankdirektor... Sie einige Hunderttausend Mark extra auf die... ab.“ „Ja, das ist unmöglich“, erwiderte der Direk... der Gesellschaft, „mein ganzes Lager ist ohnehin ziemlich... und was noch da ist, erscheint in der Bilanz mit... 1000000 Mark.“ „Na, dann seien Sie doch besonders vor... mit den Umständen.“ „Ausgeschlossen — die Aus... haben habe ich schon auf 1 Mark abgebucht, außer... aber habe ich ja heute nur noch drei Stunden, drei Un... abzugeben des preussischen Kriegsministeriums.“ „Dann... die Effekten dran glauben.“ „Ja, aber wie soll ich... das machen? Es sind ja nur Kriegsanleihen.“ Da... Neuanschaffungen ohnehin über Unkosten gebucht wer... kann, mußte sich der Aufsichtsratsvorsitzende für geschlagen er... kenen, wenigstens für den Augenblick. Daß die Verlegenheit... doch überwunden wurde, zeigte die der Öffentlichkeit... übergebene Bilanz, die von der Million nur einen... Rest anwies.

Die Anekdote zeigt nach der „Frankf. Ztg.“, daß wir zur... in der Blütezeit der stillen Reserven leben. Weit über... das gewohnte Maß hinaus bemühen sich fast alle Unterneh... mungen, die an der Kriegskonjunktur teilnehmen, einen... möglichst großen Teil ihrer Reserven zurückzubehalten... und zu ihrer inneren Kräftigung zu verwenden, ohne das... öffentlich zu machen. Man vermutet es, diese Rücklagen... auszuweisen etwa durch Zinsumwendungen an die geschickte

oder an Sonderreserven; statt dessen versteckt man sie lieber... Barren? Die Begehrlichkeit soll nicht gewedt... werden — sei es die Begehrlichkeit der Aktionäre, des... Steuerfiskus oder der Arbeiter, weniger vielleicht für... den Augenblick wenigstens, der der Konkurrenz. Das hin... dert aber nicht, daß dieselben Unternehmer unter Umständen... von den „unverhältnismäßig hohen Löhnen“ der Arbeiter... und ihren „ungerechtfertigten“ Lohnansprüchen reden! Was... vor allem mit Bezug auf die noch immer erbärmliche... Bezahlung der Frauen nahe an die schlimmste Kost... täuferei grenzt.

Zur englischen Wahlreform.

In der deutschen Presse ist vielfach angenommen worden, daß die weitgehende Demokratisierung des englischen Wahlrechts schon ganz sicher und nahezu Tatsache sei. Dieser falschen Annahme tritt der bekannte Kieler Philosoph und Sozialpolitiker Ferdinand Tönnies im neuesten Heft der Mohrbach'schen Wochenchrift „Deutsche Politik“ entgegen, indem er über das Schicksal des englischen Wahlrechtsentwurfs folgendes ausführt: Im gegenwärtigen, schon zwei Jahre überfälligen Parlament wird es nicht durchgehen, wenn das Oberhaus Widerstand leistet, was ziemlich wahrscheinlich ist (es sei denn, daß es aus Furcht vor Lloyd George sich fügen wird); aus dem Ausschusse waren schon Lloyd Salisbury und zwei andere konservative Führer ausgeschieden, weil sie sich außerstande fühlten, ferner die Beratungen zu unterstützen. Um den Widerstand der Lords zu brechen, ist es notwendig, daß ein Geleitsentwurf in drei aufeinanderfolgenden Sessionen (deselben oder verschiedener Parlamente) vom Hause der Gemeinen angenommen werde, und daß mindestens zwei Jahre vergangen sind zwischen der zweiten Lesung in der ersten Session und der dritten Lesung in der dritten Session. Bis dahin fließt viel Wasser durch die Dämme, die Friedensverhandlungen werden inzwischen schwerlich für die gesetzgebenden Stimmungen günstig wirken, der gegenwärtige Ministerpräsident, die „Seele“ des Entwurfes, wird eine gealterte Größe sein, und die nächste Wahl — noch nach dem geltenden Gesetz — wird eine starke unionistische Mehrheit schutzgärtnerischen Charakters ergeben. Die Voraussetzungen möge nicht als zu gemacht erscheinen. Man darf nicht vergessen, daß zwei viel größere Fragen zugleich nach dem Kriege — wenn nicht früher — für den englischen Staat der Erledigung harren, nämlich 1. die der irischen Selbständigkeit, 2. das Verhältnis zu den selbständigen Kolonien. Sie dürften die Wahlreform leicht verdunkeln, wie schon heute die Tatsache des Kriegskabinetts (d. i. Lloyd Georges Diktatur) das ohnmächtig gewordene Parlament überschattet. Vielleicht werden aber viel tiefere Schatten auf den englischen Staat fallen.

Im Landtag

wurde am Freitag nachmittag die politische Debatte fortgesetzt. Der nationalliberale Führer Rehmann glaubte, an die Spitze seiner Erörterungen das Verlangen nach einem Eroberungsfrieden mit Annerexionen und reichlicher Kriegsschadigungen setzen zu müssen. Er meinte, unter verstorbenen Genossen Dr. Frank sei der Mann gewesen, der an den Gedanken der Politik des 4. August 1914 am stärksten mitgewirkt hätte. Heute ist das leicht, einen, der nicht mehr reden kann, für die Annerxionspolitik zu reklamieren. Von einer Umwandlung von Privatkapital in Staatskapital will der Redner nichts wissen. Gleichwohl sah er sich sofort genötigt, mit der Schaffung von Monopolen, mit zunächst vorläufig begonnener Verstaatlichung von Kohlengruben sich einverstanden zu erklären. Ganz lehnte der nationalliberale Führer die Erneuerung unseres staatlichen Lebens nicht ab. Mit Bedacht und ohne unversöhnlichen Beziehungen“ dürften nicht zerstört werden. Für die Erste Kammer könne eine Revision des Wahlrechts des Reichstages eine Revision des Wahlrechts des Reichstages vorgenommen werden, auch eine Aufrechterhaltung mit neuem Blut könne nichts Schaden durch den Eintritt von Gelehrten, Künstlern und Ronieren des Wirtschaftslebens — Arbeiter nicht ausgenommen — in der Gemeinde. Für eine Abschaffung der Klassenwahl in der Gemeinde- und Städteordnung müsse keine Partei zunächst die Gefolgschaft versagen. Berechtigt durch die veränderten Kriegsverhältnisse sei die Aufnahme selbständiger Frauen in die Gemeindevertretungen. Die Stellung seiner Partei zur Einführung der Verhältniswahl für den Landtag sei die alte. Von der Zeit des Kulturkampfes nahm Herr Rehmann ein gültig Abschied. Nach dem Krieg müssen wir alle geistigen Kräfte sammeln, wo wir sie finden; die volle Freiheit des Unterrichts ist eines der Ziele, nach denen wir streben. Der nationalliberale Führer hat mit seiner Rede enttäuscht. Der Reichstag wolle nicht, daß Herr Rehmann gesundheitslich etwas angegriffen war.

Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Herr Muser, der seine parlamentarische Laufbahn abschließen will, hielt eine zweistündige Rede, die eine Ganzlesung Muser'schen Aborts genannt werden muß. Wenn an ihr etwas zu kritisieren ist, so das, daß sie zu sehr einen akademischen Charakter trug. Herr Muser hat aufs neue bewiesen, daß er ein Meister der Rede und ein großer Künstler der Sprache ist. Das Bekenntnis Kolbs zur Mitarbeit am Staate ist ihm eine politische Tat und er hat nur ein Bedauern, daß der sozialdemokratische Redner am Regierungstisch so wenig Verständnis gefunden hat. Nicht der Staat ist Muser der mächtigste, der die meisten Kanonen hat, sondern der Staat, der die Seele des ganzen Volkes hat. Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden verlangt die Demokratie die Mitwirkung der Volksvertretung. Den Krieg hat die Demokratie nicht gebraucht, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß das Feindengesetz aufgehoben werden müsse. Das Volk muß in und nach diesem Kriege mehr gelten und anders behandelt werden wie vorher. Die Demokratisierung des Begriffs und des Wesens der Demokratie ist vielen Parteifreunden des Herrn Muser in den städtischen Klassenparlamenten zum Studium zu empfehlen.

Für die Konservativen sprach der Abg. Fischer. Wenn das Klassenwahlrecht zur Gemeinde fallen würde, würde das auf dem Lande wohl keinen Anstoß erregen. Das war das

einzig Positive aus der Rede des konservativen Sprechers. Interessant war seine Behauptung, daß die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer auf dem Lande vielfach verbitternd gewirkt habe.

Der letzte Redner war der Abg. Ged. Er hatte keine Freude daran, daß das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie von der Regierung wenig Gegenliebe gefunden hat. Ein Mann, der Vertreter der Arbeiter sein will, äußert also Bemänglung, wenn dem Fortschritt Hindernisse bereitet werden. Im übrigen verriet die Rede Ged's einen geistigen Zusammenbruch, der von denen umso tiefer beklagt wird, die die Verdienste Ged's am besten würdigen können. Wir fragen: was hat es für einen Sinn, eine Polemik zu halten, ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet, eine Polemik, an der besonders das Zentrum seine Freude hat? Was werden seine neuen Parteifreunde zu der Bewilligung des 100 Millionen-Kredits sagen? Wo bleibt da die prinzipielle Befämpfung des Klassenstaates, dem man kein Vertrauen entgegenbringen darf?

Karlruhe, 8. Juni. Heute nachmittag wurde die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt. Am Regierungstisch waren sämtliche Minister versammelt. Das Haus und die Galerien waren gut besetzt.

Abg. Rehmann (Nat.) führte aus, daß jetzt die inneren politischen Fragen zurücktreten müssen gegenüber den äußeren Gesichtspunkten. Wir können nicht anerkennen, daß augenblicklich andere Ziele im Vordergrund stehen, als das eine große Ziel, daß wir den Krieg mit einem guten Frieden beschließen können, weil alles Große und Meise in der Zukunft vom dem Ausgang des Krieges abhängt. Also bleibt für uns die Forderung nach einem guten deutschen Frieden die oberste Bedingung. Ich kann es nur bedauern, daß Ludwig Frank nicht mehr unter uns weil; er wäre der Mann gewesen, der den Gedanken des 4. August und die Stellung der Sozialdemokratie auf dem einmal eingeschlagenen Wege festgehalten hätte. Wie wir den Gedanken der inneren Reform jetzt in den Kriegstagen auffassen, zeigt die Art der Arbeit des Verfassungsausschusses des deutschen Reichstags. Hier sehen wir den ernsthaften Willen, zu einem vernünftigen Fortschritt zu kommen. Unsere Finanznöten können wir nach dem Kriege auf mancherlei Wegen heuern. Die verlangte Vermögenskonfiskation zur Verbesserung unserer Staatsfinanzen lehnen wir ab. Durch den Anlauf der preussischen Staatsbahnen durch den Staat, ferner durch die weitere Verstaatlichung der Kohlenzweignisse, durch eine stärkere steuerliche Heranziehung der Gewinne und durch den Ausbau der Monopole können dem Staat neue Geldquellen flüssig gemacht werden. Zur Vornahme der Vereinfachung der Staatsverwaltung ist jetzt nicht die Zeit. Dem Verlangen der Abschaffung der Ersten Kammer können wir nicht unsere Zustimmung geben. Zur Reform des Gemeindevahlrechts muß ich sagen, daß ein Grundgesetz wichtiger Art für eine grundlegende Aenderung bisher nicht zutage getreten ist. Wir wollen aber eine Erweiterung des Kreises der Wähler durch Aufnahme der selbständigen Frauen. Die Verhältnisse auf den Rathäusern drängen zu einer Aenderung der Dinge. Der Stadtrat steht heute der Fülle von Aufgaben und Geschäften gegenüber hilflos da. Ein ungesunder Zustand zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat hat sich mit der Zeit herausgebildet. Der Kriegsmüder kann nicht scharf genug erfasst werden; die Namen der Müderer müßte man veröffentlichen. Gegen die Einführung von Rängenorden haben wir einen Widerspruch nicht zu erheben. Wir sind zu diesem Standpunkt gekommen aus dem großen Friedensbedürfnis heraus und aus der Erwägung, daß die künftige Zeit innere Kämpfe nicht erträgt; aber ich muß sagen, daß in evangelischen Volksteilen lebhaft Besorgnis besteht über die Zulassung der Jesuiten. Offenlich sind diese Besorgnisse ungesund. Der Krieg hat den Beweis geführt, daß die Abgrenzung zwischen Staat und Kirche sich bewährt hat. Ein Wort des Dankes möchte ich denjenigen Männern sagen, die im Kulturkampf bei uns gestanden sind. Der Kultusminister hat uns eine Aenderung des Stiftungsgesetzes in Aussicht gestellt. Wir werden diese Aenderung wohlwollend prüfen, aber auch darüber wachen, daß die Grundlage des ganzen Gesetzes unangefastet bleibt. Weiter hat der Herr Kultusminister den § 137 des Schulgesetzes für entbehrlich erklärt. Damit können wir uns unter keiner Bedingung einverstanden erklären. Der Redner betonte im folgenden, daß die Schulen in der Hand der Einzelstaaten bleiben müssen, und daß seine Partei mit der Aufhebung des Einjährigen-Privilegs einverstanden sei. Er begrüßt die in Aussicht gestellte Reform der Fortbildungsschule und schließt mit dem Wunsch, daß der kommende ordentliche Landtag wieder ein Friedenslandtag sei. (Beifall bei den Nat.)

Abg. Muser (Fortchr. Sp.): Von Landgewinn sollte man nur sprechen, wenn diese Frage spruchreif ist. Der Abg. Kolb hat in seiner Rede eine positive Tat vollbracht, die von dem Herrn Staatsminister gar nicht voll gewürdigt worden ist. Die Sozialdemokratie will mit der Monarchie zusammenarbeiten; sie will im Staate und mit dem Staate arbeiten, auch im monarchischen Staate. Das ist eine politische Tat, und es ist ein Verdienst der Kollegen Kolb, daß er an der Heranziehung der Sozialdemokratie zum Staate einen hervorragenden Anteil hat. Glaube man denn, die sozialdemokratischen Massen werden aus Freude am Staate mitarbeiten, wenn alles beim alten bleibt? Der Herr Staatsminister hätte gegenüber Kolb eine freundlichere Haltung einnehmen sollen. Die Demokratie marшиert, und wer Oben hat der hört sie marшиieren. Von der Monarchie werden Konzeptionen verlangt. Ja, ist denn das so schrecklich und wird es den Bestand der Monarchie erschüttern? Die Monarchie steht am sichersten, wenn sie im Herzen und im Willen des Volkes wurzelt. Wir verlangen eine weitgehende Mitwirkung der Volksvertretung. Mit der Aufhebung des Feindengesetzes hat man ein altes Unrecht gemacht. Unsere Feinde sollten einmal erfahren, was wirklich unsere Ziele sind. Der Krieg hat nicht nur Land gestiftet, sondern unsere Ziele sind. Der Krieg hat nicht nur Land gestiftet, sondern unsere Ziele sind. Der Krieg hat nicht nur Land gestiftet, sondern unsere Ziele sind. Der Krieg hat nicht nur Land gestiftet, sondern unsere Ziele sind.

Abg. Fischer (N. Bg.) spricht gegen die Einführung des Frauenwahlrechts. Die garnisondienstfähigen Lehrer sollten entlassen und der Schule zurückgegeben werden. Die Mittelstellen sollten vom Schulgeld freigemacht werden. Der Redner kritisiert dann verschiedene Maßnahmen der Landwirtschaftskammer, besonders über Höchstpreise.

Abg. Ged (Unabh. Soz.) gibt seine Zustimmung zu den Kriegskrediten und führt weiter aus: Aus diesem Kriegsländtag sehen wir zu den sozialdemokratischen Massen mit leeren Händen zurück. Das Aktionsprogramm ist von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien fast einstimmig abgelehnt worden, aber das Zentrum kehrt heim mit vollen Taschen. Denn heute haben wir gebört, daß die alte Streifenart des Kulturkampfes begraben ist. Aber auch die Großblock-Politik hat ein Ende. Die Art, wie Herr Abg. Kolb, jetzt

Stadt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.
 Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormitt. 7 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 3 bis 8 1/2 Uhr.
 Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit, Samstags bis abends 9 1/2 Uhr und Sonntags nur vormittags 7-12 Uhr.“

Geübte Einlegerinnen

Kleberinnen

gefucht.

Stadt. Arbeitsamt

Jähringerstr. 100, 3. Stod. Zimmer Nr. 18.

Gesucht. Arbeiterinnen

werden fortwährend angenommen in der

Lumpen-Sortieranstalt

S. Rachmann

Durlach, Pfingststraße 28.

Einige Schneider

Schneiderinnen

auf Militärhosen,

die im Besitze von Ausweis-

büchern sind, können eintreten bei

Beit Groh & Sohn,

Kaiserstr. 114. 1793

Zu sofort suchen wir

kräftiges Mädchen

oder jüngere Kriegerfrau als

weiblichen

Hausburschen.

Gebr. Joos Nachf.,

Karlsruhe, Kronenstr. 28.

Gras-Versteigerung.

Montag, den 11. Juni, nach-

mittags 3 Uhr, wird das Gras-

ertragnis in den Anlagen des

Sallenwäldchens und Peter-

heimwäldchens in kleineren

Abteilungen gegen Barzahlung

öffentlich versteigert.

Zusammenkunft bei der Städt.

Stadthalle. 1796

Städt. Gartenamt.

DanielsKonfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1. Et.

Leichte Blusen

Sommer-Kleider

weiß- und farbig

Kinder-Kleidchen

Untertailen

Sommer-Unterröcke

Keine Ladenspesen.

Kauf-Gesuch.

Kinderliegewagen

Klappportwagen

Chaiselongue

Divan oder Sofa

Bett und Schrank

gegen Barzahlung.

Angebote unter Nr. 1795 an

die Geschäftsstelle des „Volks-

freund“ erbeten.

Scharfer Spürhund

als Begleiter für einen Nacht-

wächter sucht zu kaufen

Stadt. Gartenamt

Karlsruhe 1797



Palast-Theater

Herrenstrasse 11.

Ab heute.

Das gewaltigste und wahrheitsgetreueste Dokument aus dem Weltkriege. Bilder, deren jedes einzelne eine Schiffstragödie aus dem wogenden Atlantik berichtet.

Graf Dohna und seine „Möwe“

Die zweite ruhmreiche Kaperfahrt der „Möwe“ ist inmitten der grössten Gefahren und der härtesten Arbeit aufgenommen und in glänzenden Bildern festgehalten. Man ist Zeuge gewaltiger Kämpfe auf hoher See, der heldenhaften Kriegstaten unserer Blauen Jungens sowie trüber Seemannschicksale.

Aufgenommen vom Ersten Offizier S. M. S. „Möwe“

Kapitänleutnant Wolf.

Der Film zeigt n. a. die Vernichtung und Versenkung von 15 feindlichen Dampfern durch Sprengung und Torpedierung

sowie die übrigen Darbietungen.

Freikarten haben keine Gültigkeit.

Ende 11 Uhr

1804

Mehrere

Fuhrleute und Arbeiter

gefucht.

Amtliche Güterbestätterei

frachtguthalle, Zimmer 7.

Parteiliteratur

empfeht

Buchhdlg. Volksfreund

42 Züschenstraße 24.



Schlafzimmer- und Kücheneinrichtung, wenig gebraucht, Ferd. Badewanne preiswert zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 1801 an die Geschäftsstelle des „Volksfreund“ erbeten.

Stadtgarten Karlsruhe.

Bei schönem Wetter

Sonntag, den 10. Juni, nachmittags von 4-7 1/2 Uhr,

Volkstüml. Musikaufführungen

ausgeführt von der

Kapelle des Ersatz-Bataillons, Landw.-Inf.-Reg. 109.

Musikleiter: Herr Köninger.

Eintrittspreise für den Stadt- und Tiergarten:

Inhaber von Stadtgarten-Fahreskarten und von Karten-

besitzer sowie Soldaten vom Feldwebel abwärts . . . 30 S.

Sonstige Personen . . . 60 S.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Vortrags-Ordnung 10 Pfennig.

Die Eintrittskarten berechnen sich zum einmaligen Eintritt.

Bei ungünstiger Witterung fallen die Konzerte aus.

Städt. Gartenamt.

Umzüge

mit Möbelwagen od. Rollen. Für kleinere

Umzüge ist stets ein Einpänner bereit.

R. Wulfinger, Zelfstraße 20.

Telefon 1700.



Vom Samstag bis einschl. Dienstag.

Alleiniges Erstaufführungsrecht

Henny Porten

und Ludwig Trautmann

in dem Schauspiel

Die Ehe der Luise Rohrbach

4 Akte nach einem Roman von Emmi Eleri.

Neuer Film des Bild- und Film-Amt Berlin

Bilder aus Deutschen Gefangenenlagern

Weinbergslager und Halbmondlager zu Wunsdorf bei Zossen.

Das Loch in der Pfanne

Lustspiel in 3 Akten. Nach dem Reuteren Gedicht für den Film bearbeitet von Alfred Schmasow.

In den Hauptrollen: Einar Brunn Anna Müller-Linke

1789

Pfänderversteigerung

Am Mittwoch, 13. Juni 1917, vorm. von 9 Uhr findet im Saal des Schwanenstr. 6, 1. St. die

öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder

1944 bis mit Nr. 2179 gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungstermin beginnt am 11. Juni 1917, 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Stoffe bleiben am Versteigerungstag sowie am Montag des vorhergehenden Tages geschlossen.

Karlsruhe, 2. Juni 1917. Städt. Pfandleihkasse.

Gemüse-Seglinge

starke Pflanzen, aus dünnem Freilandbauch, wie Weich-Weichkraut, Rottkraut, Petersilien und Rosenkohl, Kohlraben u. a. empfiehlt

Stadt. Güterverwaltung

Karlsruhe-Mühlweg.

Abgabe täglich von nachmittags 4-7 Uhr in der Güterverwaltung Prompter Versand nach auswärts.

Möbel!

Divans primaarbeit, mehrere Spiegel usw. abzugeben Sofienstr. 93



Residenz-Theater Karlsruhe Waldstr.

Alleiniges Erstaufführungsrecht

Henny Porten

und Ludwig Trautmann

in dem Schauspiel

Die Ehe der Luise Rohrbach

4 Akte nach einem Roman von Emmi Eleri.

Neuer Film des Bild- und Film-Amt Berlin

Bilder aus Deutschen Gefangenenlagern

Weinbergslager und Halbmondlager zu Wunsdorf bei Zossen.

Das Loch in der Pfanne

Lustspiel in 3 Akten. Nach dem Reuteren Gedicht für den Film bearbeitet von Alfred Schmasow.

In den Hauptrollen: Einar Brunn Anna Müller-Linke

1789

Pfänderversteigerung

Am Mittwoch, 13. Juni 1917, vorm. von 9 Uhr findet im Saal des Schwanenstr. 6, 1. St. die

öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder

1944 bis mit Nr. 2179 gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungstermin beginnt am 11. Juni 1917, 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Stoffe bleiben am Versteigerungstag sowie am Montag des vorhergehenden Tages geschlossen.

Karlsruhe, 2. Juni 1917. Städt. Pfandleihkasse.

Gemüse-Seglinge

starke Pflanzen, aus dünnem Freilandbauch, wie Weich-Weichkraut, Rottkraut, Petersilien und Rosenkohl, Kohlraben u. a. empfiehlt

Stadt. Güterverwaltung

Karlsruhe-Mühlweg.

Abgabe täglich von nachmittags 4-7 Uhr in der Güterverwaltung Prompter Versand nach auswärts.

Möbel!

Divans primaarbeit, mehrere Spiegel usw. abzugeben Sofienstr. 93

1789